

Schriften zum Prozessrecht

Band 303

Die Änderung der Geschäftsverteilung

**Eine (straft-)gerichtsverfassungsrechtliche Untersuchung
zur Auslegung des § 21e Abs. 3 GVG**

Von

Torben Gravenhorst



Duncker & Humblot · Berlin

TORBEN GRAVENHORST

Die Änderung der Geschäftsverteilung

Schriften zum Prozessrecht

Band 303

Die Änderung der Geschäftsverteilung

Eine (straft-)gerichtsverfassungsrechtliche Untersuchung
zur Auslegung des § 21e Abs. 3 GVG

Von

Torben Gravenhorst



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Greifswald
hat diese Arbeit im Jahre 2023 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2024 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpär
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 0582-0219
ISBN 978-3-428-19177-2 (Print)
ISBN 978-3-428-59177-0 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meiner Familie

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Jahre 2023 von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Greifswald als Dissertation angenommen. Sie befindet sich auf dem Stand Juli 2022. Die mündliche Prüfung fand am 27. 11. 2023 statt.

Mein besonderer Dank gilt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Christoph Sowada. Diese Arbeit wäre ohne die ergiebigen Gespräche und hilfreichen Anmerkungen nicht das, was sie nunmehr ist. Gleichwohl gab er mir stets den notwendigen Freiraum für die Entwicklung eigener Argumente und Gedanken.

Danken möchte ich außerdem Herrn Prof. Dr. Olaf Hohmann für die zügige Anfertigung des Zweitgutachtens.

Darüber hinaus bin ich vielen Menschen zu Dank verpflichtet, die durch ihre stete Gesprächs- und Hilfsbereitschaft sowie ihr Verständnis und ihren Rückhalt nicht nur die Entstehung dieser Arbeit, sondern auch mich stets begleiteten und (weiterhin) begleiten. Ihre Nennung würde gleichwohl den Rahmen dieses Vorworts überschreiten.

Hervorheben möchte ich dennoch meine Familie, die mich stets unterstützt und gefördert hat. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Köln, im Frühling 2024

Torben Gravenhorst

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	17
I. Zielsetzung der Arbeit	17
II. Gang der Untersuchung	22
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen	24
I. Das Prinzip des gesetzlichen Richters	24
1. Historischer Hintergrund	24
2. Systematik des Art. 101 Abs. 1 GG und dogmatische Einordnung	26
3. Begriff des gesetzlichen Richters	28
a) Richter i. S. d. Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG	28
b) „Gesetzlicher“ Richter	30
c) Bestimmung des Schutzbereichs	32
4. Verbot der Entziehung des gesetzlichen Richters	34
a) Gebot zum Erlass der erforderlichen Regelungen	34
b) Verbot von Eingriffen	35
II. Beschleunigungsgebot	36
1. Normativer Anknüpfungspunkt	36
2. Inhalt und Grenzen	37
3. Verstoß gegen das Beschleunigungsgebot	38
4. Folgen eines Verstoßes	39
III. Gebot der Funktionsfähigkeit der Strafrechtspflege	41
1. Begriffsbestimmung	41
2. Normative Anknüpfungspunkte	42
3. Inhalt und Grenzen	43
4. Auswirkungen auf das Strafverfahren	45
IV. Schnittmengen und Zielkonflikte	46
V. Zusammenfassung	48
C. Das Präsidium und das Modell der Jahresgeschäftsverteilung	50
I. Das Präsidium	50
1. Geschichte der Präsidialverfassung	50
a) Historische Ausgangslage	50
b) Präsidialverfassungsgesetz	51
c) Novelle der Präsidialverfassung	52
2. Stellung des Präsidiums im Gerichtsverfassungsrecht	53

3. Zusammensetzung	54
4. Aufgaben des Präsidiums	55
a) Allzuständigkeit oder Enumerativprinzip	55
b) Personelle Geschäftsverteilung	56
c) Sachliche Geschäftsverteilung	58
II. Grundsätze der Geschäftsverteilung	58
1. Prinzipien	58
a) Prinzip der Gestaltungsfreiheit	58
b) Grundsatz der Gesetzesgebundenheit	59
c) Abstraktionsprinzip	59
d) Bestimmtheitsgrundsatz	60
e) Prinzip der doppelten Vollständigkeit	61
f) Jährlichkeitsprinzip	61
g) Grundsatz der Stetigkeit	62
h) Vorauswirkungsprinzip	63
i) Grundsatz der sofortigen Vollziehung	63
2. Verteilungsmodalitäten	63
III. Spielräume und Grenzen	65
1. Überbesetzter Spruchkörper	65
2. Anforderungen an die Vertretung	69
3. Ergänzungsrichter	70
4. Wiederbesetzungssperren	72
5. Auffangspruchkörper	73
6. Disziplinierende Geschäftsverteilung	74
a) Möglichkeit der Disziplinierung	74
b) Änderung der Geschäftsverteilung aufgrund von richterlichen Äußerungen im politischen Kontext	75
c) Verbot disziplinierender Geschäftsverteilung	80
D. Änderung des Jahresgeschäftsverteilungsplans gem. § 21e Abs. 3 GVG	82
I. Anlass für eine Änderung	83
1. Überlastung	83
a) Begriffsbestimmung	83
aa) Definition der Rechtsprechung	83
bb) Möglichkeit des Rückgriffs auf die Definition des 3. Strafsenats	86
(1) Wortlaut	87
(2) Historische Auslegung	87
(3) Systematische Auslegung	88
(4) Teleologische Auslegung	91
cc) Versuch der Konturierung anhand ausgewählter BGH-Entscheidungen	91
(1) BGH, Beschluss vom 10.07.2013 – 2 StR 116/13	93

(2) BGH, Beschluss vom 07.01.2014 – 5 StR 613/13	95
(3) BGH, Beschluss vom 25.05.2015 – 5 StR 70/15	97
dd) Stellungnahme	98
b) Qualität der Überlastung	101
c) Verhältnis zum Beschleunigungsgrundsatz	101
aa) Möglichkeiten zur Kompensation	102
bb) Verhältnis der Kompensationsmöglichkeit zur Änderung nach § 21e Abs. 3 GVG	104
(1) Kein absoluter Vorrang der Kompensation	104
(2) Auflösung über das Regime des § 21e Abs. 3 GVG	105
(a) Sicherungsmechanismen des § 21e Abs. 3 Satz 1 GVG	107
(b) Konflikt mit Art. 20 Abs. 3 GG	107
(c) Keine Konfliktbewältigung über Beschuldigtenrechte	108
d) Spannungsverhältnis zu § 121 StPO	109
aa) Allgemein	109
bb) Verlängerungsgründe	110
(1) Kurzzeitige Überlastung	110
(2) Dauernde Überlastung	111
cc) Harmonisierung der Maßstäbe	112
(1) Maßstäbe der oberlandesgerichtlichen Haftprüfung	113
(2) Maßstäbe des BGH	114
(3) Darstellung der Konfliktlage	115
(4) Grundsätzliches zur Konfliktbewältigung	116
(5) Orientierung an der Rechtsprechung zur Haftprüfung	118
(6) Maßgeblichkeit der Maßstäbe des BGH	119
e) (Weitere) zeitliche Begrenzungen des Strafverfahrens	123
aa) Grundsatz und Ansatzpunkt	123
bb) Anknüpfungspunkte (straf-)gesetzlicher Fristen	124
(1) Fristen zur Verfahrensbeschleunigung	124
(2) Weitere Motive	125
cc) Stellungnahme	126
f) Zusammenfassung	126
2. Ungenügende Auslastung	127
3. Wechsel	129
a) Begriffsbestimmung	129
b) Gründe des Wechsels	130
c) Grenzen	130
4. Dauernde Verhinderung	131
a) Begriff der Verhinderung	131

b) Abgrenzung zur vorübergehenden Verhinderung	133
aa) Zeitfaktor	133
bb) Weitere Faktoren	135
(1) Maßgeblichkeit der Manipulationsmöglichkeit	135
(2) Vorhersehbarkeit	137
(3) Abhängigkeit von menschlichen Entscheidungen	139
(a) Einflussnahme Dritter	139
(b) Dienstleistungsverbote	141
(c) Weitere Gründe für eine Abwesenheit	145
cc) (Dauernde) Verhinderung des Vorsitzenden	147
(1) Regelungsgegenstand des § 21f Abs. 2 Satz 1 GVG	148
(2) Sinn und Zweck des § 21f GVG	148
(3) Übertragbarkeit der Wertungen	149
(4) Ergebnis	151
dd) Fehlerhafte Prognosen	151
(1) Problemendarstellung	152
(2) Ausblenden verstrichener Zeiträume	152
(3) Indizielle Wirkung – vermittelnder Ansatz	152
(4) Anrechnung verstrichener Zeiträume	153
(5) Zeitpunkt der Korrektur	154
c) Feststellung der Verhinderung	155
aa) Offensichtliche Verhinderung	155
bb) Vorübergehende Verhinderung	156
cc) Dauernde Verhinderung	158
dd) Wegfall der Verhinderung	158
ee) Form	159
d) Zusammenfassung	160
5. Abschließender Katalog des § 21e Abs. 3 Satz 1 GVG	161
a) Abschließende Regelung	161
b) Erweiterter Anwendungsbereich	161
c) Stellungnahme	162
d) Präventive Maßnahmen	164
aa) Problemendarstellung	164
bb) Handhabung in der Praxis	165
cc) Wirkrichtung der Änderungsgründe	168
dd) Keine analoge Anwendung auf präventive Maßnahmen	171
ee) Stellungnahme	176
6. Ermessen und Notwendigkeit	179
a) Gegenstand der Ermessensausübung	179

b)	Bindung des Ermessens	180
aa)	Orientierung an der Gewährleistung einer geordneten Rechtspflege	180
bb)	Begrenzung des Ermessens	180
c)	Notwendigkeit	182
aa)	Allgemeines zum Maßstab	182
bb)	Ausrichtung an Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten	184
cc)	Stellungnahme	185
7.	Dokumentation	186
8.	Anhörung	189
II.	Umfang der Änderungsmaßnahmen	191
1.	Allgemeines	191
2.	Personelle Änderungen	193
a)	Doppelvorsitz	193
aa)	Problemdarstellung	193
bb)	Alternative Reaktionsmöglichkeiten	195
cc)	Auflösung über § 21f GVG	195
dd)	Auflösung über den „richtungsweisenden Einfluss“ des Vorsitzenden	197
b)	Personelle Verstärkung des überlasteten Spruchkörpers	204
c)	Verringerung der Mitgliederzahl	205
d)	Bestellung eines zeitweiligen Vertreters	205
aa)	Meinungsstand	205
bb)	Stellungnahme	207
e)	Auswahl nach persönlichen Kriterien	208
aa)	Persönliche Lebensplanung	208
(1)	Persönliche Lebensplanung als Gegenstand der Geschäftsverteilung	208
(2)	(Vorsorgliche) Hinzuziehung eines Ergänzungsrichters	209
(3)	Unmöglichkeit der Hinzuziehung eines Ergänzungsrichters	213
(4)	Ergebnis	215
bb)	Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit und Änderung des Geschäftsverteilungsplans	216
(1)	Auswirkungen von Befangenheitslagen auf die Geschäftsverteilung	217
(2)	Über den Einzelfall hinausweisende Befangenheitslagen als dauernde Verhinderung	218
(3)	Handlungsmöglichkeiten des Präsidiums	219
(a)	Präventive Handlungsmöglichkeiten	220
(b)	Reaktionsmöglichkeiten	222
3.	Sachliche Geschäftsverteilung	225
a)	Stichtagsregelungen	225

b)	Unzulässige Einzelzuweisung	226
aa)	Verdeckte Einzelzuweisung bei abstrakten Regelungen	227
bb)	„Scheibchenweise“ Übertragung von Einzelverfahren	229
c)	Umverteilung anhängiger Verfahren	231
aa)	Meinungsstand	232
(1)	Unzulässigkeit der Umverteilung anhängiger Verfahren	232
(2)	Generelle Zulässigkeit der Umverteilung anhängiger Verfahren	233
(3)	Vermittelnder Ansatz von Sowada	234
bb)	Stellungnahme	234
(1)	Kein eindeutiger Wortlaut	234
(2)	Historische Auslegung	235
(3)	Systematische Auslegung	235
(4)	Teleologische Auslegung	236
(5)	Inkonsequenz der ablehnenden Ansicht	238
d)	Entwicklung eines Umverteilungsschlüssels	240
aa)	Grundsätze der Umverteilung	240
bb)	Praktische Umsetzung – zugleich: Versuch eines Umverteilungs- schlüssels	241
III.	Hilfsspruchkörper	243
1.	Rechtsnatur der Hilfsspruchkörper	243
2.	Rechtliche Grundlagen	244
a)	Hilfsspruchkörper als Vertretungsregelung	244
b)	Kritik	246
c)	Stellungnahme	246
3.	Hilfsspruchkörper als gesetzlicher Richter	248
4.	Zeitliche Dimension	249
a)	Errichtung eines Hilfsspruchkörpers	249
b)	Aufrechterhaltung eines Hilfsspruchkörpers	252
5.	Besetzung	254
a)	Vorsitz des Hilfsspruchkörpers	254
aa)	Vorsitz durch einen „einfachen“ Richter am Landgericht	255
bb)	Besetzung mit einem Vorsitzenden Richter i. S. d. § 21f Abs. 1 GVG	256
cc)	Stellungnahme	257
b)	Exkurs: Schöffen	259
6.	Zusammenfassung	261
E.	Überprüfung der Geschäftsverteilung	264
I.	Unmittelbare Anfechtung	264
1.	Rechtsnatur des Geschäftsverteilungsplans	264
a)	Keine Rechtsprechung	265
b)	Kein Justizverwaltungsakt	265

c) Rechtsvorschrift	266
d) Kritik	266
aa) Formelle Argumente	267
bb) Materielle Argumente	268
cc) Systematik	270
dd) Dogmatik der Geschäftsverteilung	270
ee) Justizhoheitsakt sui generis?	271
e) Doppelnatur	271
2. Rügemöglichkeit	272
a) Rechtsuchende	272
b) Betroffene Richter	273
3. Prüfungsmaßstab	276
II. Mittelbare Anfechtung	277
1. Rügeberechtigte	277
2. Berufung	277
3. Vorabentscheidungsverfahren	279
a) Entstehungsgeschichte	280
b) Kritik	281
c) Stellungnahme	288
4. Revision	289
a) Allgemeines	289
b) Formelle Aspekte	292
aa) Rügepräklusion	292
bb) Begründungserfordernis	293
cc) Frist	299
c) Prüfungsdichte	299
aa) Vorbemerkung: Relativierung der absoluten Revisionsgründe	299
bb) Differenzierung nach dem Ausgangspunkt	300
cc) Willkürprüfung	302
dd) Entwicklung der Rechtsprechung	304
ee) Kritik	308
ff) Stellungnahme	309
(1) Funktionswidrige Reduzierung der Prüfungsdichte	309
(2) Vergleichbare Gefährdungslage	310
(3) Willkürprüfung im Rahmen des § 338 Nr. 1 StPO	311
(4) Verfassungsrechtliche Notwendigkeit	313
(5) Praktische Begebenheiten	314
5. Verfassungsbeschwerde	317
a) Formelle Voraussetzungen, insbesondere Rechtswegerschöpfung	317
b) Prüfungsdichte	317

6. Zusammenfassung	320
III. Heilungsmöglichkeiten	321
1. Heilung formeller Mängel	321
2. Heilung materieller Mängel	325
3. Verhältnis einer fehlerhaften Änderung zur folgenden Jahresgeschäftsverteilung	326
a) Keine Beschränkung der Handlungsfreiheit des Präsidiums	327
b) Auswirkungen einer „bestätigenden“ Jahresgeschäftsverteilung	329
aa) Ausgangssituation	329
(1) Heilung	329
(2) Präklusion	330
(3) Zwischenergebnis	333
bb) Auswirkungen auf eine bereits erhobene Rüge	333
(1) Vergleichbare Konstellationen	333
(a) Genehmigung nach § 21i Abs. 2 Satz 3 GVG	334
(b) Aufrechterhaltung eines Hilfsspruchkörpers	334
(c) Rügeverkümmung	335
(aa) Allgemeines	335
(bb) Vergleichbarkeit	336
(d) Nicht Gegenstand der allgemeinen Rügepräklusion	339
(2) Keine Bestätigungswirkung einer Fortschreibung	344
(a) Keine staatliche Disposition über den gesetzlichen Richter ...	344
(b) Tendenz zur Beschleunigung	345
(c) Grundsätze der Geschäftsverteilung	346
(d) Disziplinierungsfunktion des Revisionsrechts	348
(e) Ergebnis	350
F. Ergebnisse der Untersuchung	352
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen sowie das Präsidium und das Modell der Jahresgeschäftsverteilung	352
II. Änderung der Geschäftsverteilung gem. § 21e Abs. 3 GVG	353
III. Überprüfung der Geschäftsverteilung	359
Literaturverzeichnis	361
Sachwortverzeichnis	391

A. Einleitung

I. Zielsetzung der Arbeit

Der Geschäftsverteilungsplan ist ein Steuerungsinstrument zur Regelung des bei einem Gericht anfallenden Arbeitsaufkommens.¹ Im Wege der Geschäftsverteilung regelt das Präsidium als Ausdruck institutioneller Selbstverwaltung die Verteilung der richterlichen Geschäfte auf die einzelnen Richter oder Spruchkörper (§ 21e Abs. 1 Satz 1 GVG).² Neben dieser arbeitstechnischen Funktion ist der Geschäftsverteilungsplan zugleich ein wesentlicher Baustein zur Gewährleistung des Verfassungsprinzips des *gesetzlichen Richters* (Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG).³ Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG – ebenso wie § 16 Satz 2 GVG – besagt, dass niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf. Dieser Grundsatz ist ein „Kernstück des Rechtsstaats“.⁴ Hierdurch soll dem Einzelnen die Entscheidung durch einen unabhängigen überparteilichen Richter unter Ausschluss jedweder Manipulation gesichert werden.⁵ Dies setzt unter anderem voraus, dass der gesetzliche Richter im Voraus nach abstrakt-generellen Maßstäben so eindeutig wie möglich bestimmt ist (sog. *Blindlingszuweisung*).⁶

Diese verfassungsrechtliche Implikation determiniert die Anforderungen an den Geschäftsverteilungsplan. Um der Vermeidung einzelfallbezogener (und damit ggf. manipulativer) Richterzuweisung willen, ist er an einem Höchstmaß an Vorausbestimmtheit und formaler Strenge auszurichten.⁷ Stehen diese Anforderungen bereits generell in einem Spannungsverhältnis zum Bestreben nach einem möglichst rei-

¹ Mayer, in: Kissel/Mayer, GVG, § 21e Rn. 78; Schuster, in: MüKo-StPO, § 21e GVG Rn. 25.

² Breidling, in: Löwe/Rosenberg, StPO, § 21e GVG Rn. 5; Schmidt, in: HK-StPO, § 21e GVG Rn. 2; Schuster, in: MüKo-StPO, § 21a GVG Rn. 3; Valerius, in: Graf, StPO, § 21a GVG Rn. 1.

³ BVerfGE 18, 423 (425 ff.); Burghart, in: Leibholz/Rinck, GG, Art. 101 Rn. 344, 111; Breidling, in: Löwe/Rosenberg, StPO, § 21e GVG Rn. 5; Schmidt, in: HK-StPO, § 21e GVG Rn. 2; Schuster, in: MüKo-StPO, § 21a GVG Rn. 3; Valerius, in: Graf, StPO, § 21a GVG Rn. 1.

⁴ Fischer, in: KK-StPO, Einleitung Rn. 115, unter Verweis auf: BVerfGE 40, 356 (361); siehe auch: Theile, in: FS Heinz, S. 892 (902).

⁵ BVerfGE 17, 294 (298 ff.); BVerfGE 48, 246 (254); BVerfGE 82, 286 (296 ff.); BVerfG, NJW 2005, 3410 (3411).

⁶ BVerfGE 30, 149 (152 ff.); Böttcher, in: Löwe/Rosenberg, StPO, § 16 GVG Rn. 11; Frister, in: SK-StPO, § 16 GVG Rn. 3.

⁷ BVerfGE 18, 344 (349); Mayer, in: Kissel/Mayer, GVG, § 21e Rn. 95.

bungslosen und effizienten Ablauf der (Straf-)Justiz, so verschärft sich der Konflikt, wenn – wie gegenwärtig zu beobachten ist – die wachsende Komplexität vieler Verfahren⁸ sowie eine beschränkte Personaldecke⁹ die als „hinderlich“ empfundene formale Strenge zusätzlich unter Druck setzen.¹⁰ Dies spitzt sich dadurch zu, dass die Gerichte in der jüngeren Vergangenheit zunehmend überlastet sind.¹¹ Zudem besteht eine gestiegene Regelungsdichte.¹² Vor dem Hintergrund knapper Ressourcen und angesichts eines hohen Geschäftsanfalls besteht der Wunsch, die vorhandene Kapazität flexibel zu handhaben.¹³ In der medialen Öffentlichkeit werden insbesondere eine überlange Verfahrensdauer¹⁴ sowie eine damit korrelierende gestiegene Zahl der Verfahrenseinstellungen kritisiert.¹⁵ Dies spiegelt sich auch in der öffentlichen Wahrnehmung wider. Nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Jahr 2018 sahen 77 % der Befragten die deutschen Gerichte als überlastet an.¹⁶ Im

⁸ Kühne, JZ 2010, 821 (828); Landau, NSTZ 2015, 665 (666); zur Komplexität von Wirtschaftsstrafverfahren: Jahn/Kudlich, in: MüKo-StPO, § 257c Rn. 5 m. w. N.; Schünemann, wistra 2015, 161 (161 ff.).

⁹ Landau, NSTZ 2015, 665 (666); Positionspapier des Deutschen Richterbundes „DIE PERSONELLE ZUKUNFTSFÄHIGKEIT DER JUSTIZ IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND“, S. 17, http://www.richterverband-sh.de/mediapool/135/1353496/data/DRB-Positionspapier_Nachwuchsgewinnung_kl.pdf, zuletzt abgefragt am 01.07.2022; vgl. Müller, Wie überlastet ist die Justiz wirklich?, <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2017/Wie-ueberlastet-ist-die-Justiz-wirklich,justiz246.html>, zuletzt abgefragt am 01.07.2022; krit.: Wagner, Ende der Wahrheitssuche, passim.

¹⁰ Vgl. Sowada, Der gesetzliche Richter im Strafverfahren, S. 5 ff.

¹¹ Vgl. Lohne, Frust auf dem Schiff, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/justiz-und-polizei-klagen-ueber-personalmangel-15133962.html>, zuletzt abgefragt am 01.07.2022; Kummerl, Die deutsche Justiz steht kurz vor dem Kollaps, <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/ueberlastete-gerichte-die-deutsche-justiz-steht-kurz-vor-dem-kollaps/22603272.html>, zuletzt abgefragt am 01.07.2022; Fezer, in: FS Widmaier, S. 177 (189); exemplarisch für die Verwaltungsgerichtsbarkeit: Steinbeiß-Winkelmann, NVwZ 2016, 713 (713 ff.).

¹² Landau, NSTZ 2015, 665 (666).

¹³ Vgl. Jahn/Kudlich, in: MüKo-StPO, § 257c Rn. 5; Kühnel/Gössell/Lüderssen/Jahn, in: Löwe/Rosenberg, StPO, Einleitung Rn. B 40; Theile, in: FS Heinz, S. 892 (892 f.); so bereits: Sowada, Der gesetzliche Richter im Strafverfahren, S. 5 f.

¹⁴ Baumanns, Der Beschleunigungsgrundsatz im Strafverfahren, S. 39 ff.; zur (überlangen) Verfahrensdauer in Zivilverfahren: Calliess, Der Richter im Zivilprozess – Sind ZPO und GVG noch zeitgemäß?, Gutachten A zum 70. Deutschen Juristentag, S. 53 ff.

¹⁵ Vgl. Trüg, StV 2010, 528 (529); Quadbeck, Jedes vierte Justizverfahren wird eingestellt, https://rp-online.de/politik/deutschland/ueberlastung-der-justiz-jedes-vierte-verfahren-wird-eingestellt_aid-34491855, zuletzt abgefragt am 01.07.2022.

¹⁶ Vaterrodt, ROLAND RECHTSREPORT 2018, S. 7, https://www.roland-rechtsschutz.de/media/roland-rechtsschutz/pdf-rr/042-presse-pressemitteilungen/roland-rechtsreport/roland_rechtsreport_2018.pdf, zuletzt abgefragt am 01.07.2022; im Jahre 2013 waren es 71 %: Köcher, Großes Vertrauen in die deutsche Justiz, Institut für Demoskopie Allensbach, 2014, S. 7, https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_August_Justiz.pdf, zuletzt abgefragt am 01.07.2022.

Jahr 2020 waren es sogar 83 %.¹⁷ Zwar ist diese Zahl im Jahr 2021 auf 74 % gesunken.¹⁸ Dennoch zeichnet sich der Wunsch nach einer Beschleunigung und Vereinfachung von gerichtlichen Verfahren ab. Auf der Ebene der Gerichte wird spiegelbildlich eine bessere Personal- und EDV-Ausstattung gefordert.¹⁹

Ein Ausdruck gesteigerter Komplexität ist ferner die zunehmende Spezialisierung der Gerichte und ihrer Spruchkörper.²⁰ Im Rahmen der ordentlichen Gerichtsbarkeit ist unter anderem eine Spezialisierung im Bereich der Zivilgerichte zu konstatieren.²¹ Dies gilt auch für das Strafrecht. Auf der Ebene der Landgerichte werden neben den Kammern mit gesetzlicher Zuständigkeit (z. B. §§ 74 ff. GVG; § 33 Abs. 2 JGG; § 46 Abs. 7 OWiG) allgemeine Strafkammern mit Zuständigkeit für Spezialmaterien gebildet.²² In diesen Kammern können komplexe Verfahren durch spezialisierte Richter zügiger entschieden werden.

Der skizzierte Konflikt wird ebenfalls dadurch verstärkt, dass sich diese Gegenkräfte – der Ruf nach Beschleunigung und Effizienz – nicht nur auf praktische Bedürfnisse, sondern in Gestalt des Beschleunigungsgebots²³ und des Gebots einer

¹⁷ Vaterrodt, ROLAND RECHTSREPORT 2020, S. 7, https://www.roland-rechtsschutz.de/media/roland-rechtsschutz/pdf-rr/042-presse-pressemitteilungen/roland-rechtsreport/roland_rechtsreport_2020.pdf; zuletzt abgefragt am 01.07.2022.

¹⁸ Vaterrodt, ROLAND RECHTSREPORT 2021, S. 7, https://www.roland-rechtsschutz.de/media/roland-rechtsschutz/pdf-rr/042-presse-pressemitteilungen/roland-rechtsreport/roland_rechtsreport_2021.pdf, zuletzt abgefragt am 01.07.2022.

¹⁹ Vgl. Arenhövel, in: GS Weßlau, S. 15; Baumanns, Der Beschleunigungsgrundsatz im Strafverfahren, S. 42 ff.; Fischer, in: FS Beulke, S. 709 (722); Kaufmann, Personalmangel in der Justiz, <https://www.lto.de/recht/justiz/j/personalmangel-justiz-ueberlastet-pakt-fuer-den-rechtsstaat-warum-fehlen-immer-noch-richter-pebbsy/>, zuletzt abgefragt am 01.07.2022; Kudlich, Vom Ende der Funktionstüchtigkeit der Strafrechtspflege, Reformen gegen den Missbrauch im Strafprozess, <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/strafprozess-reform-verteidiger-missbrauch-beweisantraege-befangenheit-union-rechtsstaat/>, zuletzt abgefragt am 01.07.2022; Meyer-Gößner/Ströber, ZRP 1996, 354 (356) m. w. N.; siehe auch: Modernisierung des Zivilprozesses. Diskussionspapier, passim, abrufbar unter: https://www.justiz.bayern.de/media/images/behoerden-und-gerichte/oberlandesgerichte/nuernberg/diskussionspapier_ag_modernisierung.pdf, zuletzt abgefragt am 01.07.2022.

²⁰ Kilian, ZRP 2017, 21 (21 ff.).

²¹ Vgl. Gesetz zur Reform des Bauvertragsrechts, zur Änderung der kaufrechtlichen Mängelhaftung, zur Stärkung des zivilprozessualen Rechtsschutzes und zum maschinellen Siegel im Grundbuch- und Schiffsregisterverfahren vom 28.04.2017, BGBl. I 2017, 969 (977 f.); Calliess, Der Richter im Zivilprozess – Sind ZPO und GVG noch zeitgemäß?, Gutachten A zum 70. Deutschen Juristentag, S. 108; Wollweber, AnwBl. 2016, 564.

²² Exemplarisch: <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/lg-koeln-spezialkammer-sexualstraftaten-vergewaltigung-missbrauch-noetigung/> (Sexualstrafrecht); <https://www1.wdr.de/nachrichten/investigatives/cum-ex-geschaeft-prozess-100.html> (Steuerstrafrecht); jeweils zuletzt abgefragt am 01.07.2022.

²³ Zum Begriff: Fischer, in: KK-StPO, Einleitung Rn. 30; Liebhart, NStZ 2017, 254.